

DJV-Pressemeldung

Jagdverbände fordern länderübergreifendes Wolfsmanagement

DJV und LJV Baden-Württemberg kritisieren den Alleingang im Südwesten Deutschlands. Der Wolf kennt keine Ländergrenzen, deshalb ist ein bundesweiter Ansatz notwendig. Jäger und Landwirte müssen in die Planung einbezogen werden.

(Berlin, Stuttgart, 6. März 2018) Wie gestern bekannt wurde, wollen die obersten Naturschutzbehörden der Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlands beim Herdenschutz und beim Wolfsmanagement enger zusammenarbeiten und dazu eine Kooperationsvereinbarung abschließen. Wölfe kennen keine Landesgrenzen, deshalb ist eine länderübergreifende Vereinbarung zu einem effektiveren Wolfsmanagement durchaus sinnvoll, betonen der Landesjagdverband Baden-Württemberg (LJV BW) und der Deutsche Jagdverband (DJV). Eine Vereinbarung zwischen vier Bundesländern ist allerdings nicht zielführend, vor allem, wenn Betroffene überhaupt nicht eingebunden werden, kritisieren die Jäger. „Die letzten in Baden-Württemberg bestätigten Wölfe kamen aus Niedersachsen“, sagte DJV-Präsidiumsmitglied Helmut Dammann-Tamke. Der Vorstoß sei blanker Aktionismus und ein unnötiger Vorgriff, weil der Bund – so sieht es der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vor – eine bundeseinheitliche Regelung schaffen will.

Der Landesjagdverband Baden-Württemberg ist verärgert, dass bei den vorgesehenen Steuerungs- und Managementgruppen im Rahmen der Kooperation weder Landwirte noch Jäger einbezogen werden sollen. Zudem fand eine Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium in Baden-Württemberg bisher nicht statt. „Eine länderübergreifende Kooperation ohne Einbeziehung Betroffener ist ein Weg in die falsche Richtung“, so Landesjägermeister Dr. Jörg Friedmann, „wir fühlen uns regelrecht ausgegrenzt, obwohl wir uns seit Jahren für ein Wolfsmanagement im Land einsetzen.“ Der Wolf unterliege zwar dem

Naturschutzrecht, aber von Einwirkungen des Wolfes seien Landwirte, Schafhalter und Jäger direkt betroffen.

Jägerinnen und Jäger sind flächendeckend im Land in den Jagdrevieren präsent, sie sind deshalb für ein Wolfsmonitoring auf der Fläche ebenso wie für den Umgang mit verhaltensauffälligen Wölfen prädestiniert. „Wir lehnen es aber vehement ab, dass über unsere Köpfe hinweg in den von uns gepachteten Revieren anonyme, nicht ortskundige, bewaffnete Eingreiftrupps Jagd auf Problemwölfe machen sollen. Der Versuch, sich eine alleinige Zuständigkeit zu sichern, ist nur politisch motivierter Aktionismus“, so Friedmann weiter. Dammann-Tamke ergänzt: „Insbesondere Niedersachsen zeigt, dass die Jäger den Aufgaben des Wolfsmonitorings gewachsen sind, wenn sie diese Aufgabe übertragen bekommen.“

Die Zahl der Wölfe in Deutschland steigt weiter und damit die Herausforderungen. Warum sich das baden-württembergische Umweltministerium seit langem weigert, den Handlungsleitfaden Wolf zu einem umfassenden Managementplan weiterzuentwickeln, bleibt unklar. Wildtiermanagement ist mehr als das Beharren auf Zuständigkeiten. Anstatt Aktionismus in Baden-Württemberg brauchen wir bundeseinheitliche Richtlinien für das Wolfsmanagement, betonen Dr. Friedmann und Dammann-Tamke.